

Flugplatz: Platzt die Erörterung?

RHEIN-KREIS NEUSS (ki) Der Erörterungstermin für den Ausbau des Flugplatzes Mönchengladbach soll abgebrochen, das entsprechende Planfeststellungsverfahren ausgesetzt werden, dies will die Bürgerinitiative Airpeace heute im Borussia-Park beantragen. Die Begründung: Vertreter der Flughafengesellschaft hatten zugeben müssen, noch mit keinem der Grundeigentümer gesprochen zu haben, die im Fall des Baus einer längeren Start- und Landebahn möglicherweise Land für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen hergeben müssten.

Ein Planfeststellungsbeschluss, wie ihn die Flughafengesellschaft anstrebe, so Airpeace-Vorstand Martin Rothe, entwickle eine „enteignungsrechtliche Vorwirkung“. Ein Vertreter der Landwirtschaftskammer habe beim Erörterungstermin bereits deutlich gemacht, dass aufgrund der geringen Flächenver-

fügbarekeit im Raum Mönchengladbach jeder Eingriff in landwirtschaftliche Flächen zu Einbußen bei den betroffenen Landwirten und in vielen Fällen zur Betriebsaufgabe führen müsse. Über 200 Hektar Flächen stehen zur Diskussion.

Da mit den Grundeigentümern vorab nicht gesprochen wurde, sei im Planfeststellungsverfahren nicht zu prüfen, ob und wenn ja, wie viele Betriebe gefährdet sind. Nach der Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts sei jedoch genau diese Überprüfung des „Maßes der Eigentumsbetroffenheit“ und besonders eine eventuelle Gefährdung von Betrieben notwendiger Bestandteil eines Infrastruktur-Planfeststellungsverfahrens. „Das Verfahren muss bis zur Vorlage aussagekräftiger Unterlagen unterbrochen werden“, sagt Rothe. Eine Fortsetzung des Erörterungstermins sei unter diesen Voraussetzungen unzu-

mutbar: „Es besteht die Gefahr, dass längere Zeit über Kompensationsmaßnahmen diskutiert wird, die später gar nicht realisiert werden können.“

Sollte das Verfahren wirklich unterbrochen werden, wäre der Zeitplan der Bezirksregierung, die noch zum Jahresende eine Entscheidung pro oder contra Flughafen treffen wollte, vermutlich hinfällig. Gestern morgen noch hatte der Förderverein Flughafen Mönchengladbach auf ein zügigeres Verfahren gedrängt und den Flughafengegnern vorgeworfen, durch zu viele Fragen, Polemik und Wiederholungen Zeit und Geld zu verschwenden. Wenn zum Beispiel Gutachter Professor Dr. Rüdiger Hamm Befangenheit vorgeworfen werde, entbehre dies jeder Grundlage. Anders als beim Erörterungstermin behauptet, sei Hamm bis heute kein Mitglied des Fördervereins. Grundsätzlich unverständ-

lich ist dem Förderverein auch, warum die Flughafengegnern mit Überraschung auf das Gutachten, reagiert hätten, das bei einem Flughafenausbau mit mehreren Tausend neuen Stellen rechnet: „Das Gutachten wurde bereits 2002 veröffentlicht“, sagt der Vorsitzende des Fördervereins, Christian Stattrop. Die Faustformel 1 000 neue Arbeitsplätze je einer Million Flugpassagiere gelte immer noch. Dies sei auch den Kommunen bewusst, die sich zwar in Stadträten und im Kreistag gegen den Flughafenausbau ausgesprochen hätten, ungeachtet dessen jedoch auf ihren Internetseiten mit dem Flughafen Mönchengladbach als Standortfaktor Werbung machten: „Ein Fall von Doppelmoral“, so Dr. Ulrich Schückhaus, Mitglied des Vorstandes des Fördervereins und Wirtschaftsförderer der Stadt Mönchengladbach.

ZUR SACHE LETZTES AUFGEBOT